

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

67 (29.8.1947)

WNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Organ der KP

2. Jahr Nr. 67

F. B. S.

Freitag, 29. August 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Dreierkonferenz über Deutschland

Protest der Sowjet-Union: Industrienniveau und Ruhr sind eine Vierer-Angelegenheit

London. Die Besprechungen der Dreierkonferenz (USA, England, Frankreich) über das Industrienniveau in der Doppelzone haben zu einem grundsätzlichen Übereinkommen in den Hauptpunkten geführt. Hiernach wird Frankreich einem Plan zu einer bedeutenden Erhöhung des deutschen Industriepotentials in der Doppelzone zustimmen, und erhält dabei die Zusicherung, daß die Festsetzung eines neuen deutschen Industrienniveaus keine Bevorzugung der Ruhrindustrie vor den Wiederaufbauplänen Frankreichs oder anderer alliierter Staaten in Europa bedeutet. Es handelt sich um keine formelle Zustimmung Frankreichs zu einer Neufestsetzung des Industrienniveaus für ganz Deutschland, da diese nur auf einer Vierer-Basis zusammen mit der Sowjetunion im Außenministerrat besprochen werden kann, der im November in London zusammentreten wird.

Die von der USA und England festgelegten neuen Zahlen sind als Maßnahmen innerhalb des Rahmens des Zweizonenverschmelzungsabkommens angenommen worden. In der Doppelzone soll dadurch eine lebensfähige Wirtschaft geschaffen werden, um die USA und England in der Frage ihrer wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber der Doppelzone zu entlasten. Dadurch soll Deutschland einen Beitrag zum Aufbau der europäischen Wirtschaft leisten können. Das Schlußkommuniqué liegt noch nicht vor.

Moskau. Die Sowjet-Regierung veröffentlichte folgende Protestnote: „Die sowjetische Regierung hält es für notwendig, die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens darauf aufmerksam zu machen, daß die Fragen einer Revision des Planes über das deutsche Industrienniveau und der Errichtung irgendeines Sonderregimes für das Ruhrgebiet Probleme sind, die Deutschland als Einheit betreffen und diesbezügliche Entscheidungen infolgedessen nur mit Zustimmung aller 4 Besatzungsmächte getroffen werden können.“

Berlin (Südena). Zu den Londoner Dreiermächte-Besprechungen schreibt das „Neue Deutschland“, die reaktionären Kräfte, vor allem das Monopolkapital der USA, nützten die Niederlage des deutschen Imperialismus für die Stärkung und Ausweitung des eigenen Imperialismus aus. Die Washingtoner und die Londoner Konferenzen seien ein Versuch des amerikanischen Monopolkapitalismus erstens die Unstimmigkeiten und Gegensätze im anglo-amerikanischen Lager zu bereinigen und zweitens die progressiven Kräfte im Kampf um den Frieden (hier die Sowjetunion) aus den Verhandlungen auszuschalten oder aber (das betrifft Frankreich) für das reaktionäre Lager durch materielle Zugeständnisse — selbstverständlich auf deutsche Kosten — zu gewinnen.

Bei den Besprechungen Englands und den USA, seit dem 22. August in London, bei denen Frankreich mit beratender Stimme

vertreten war, spielten Frankreichs Ansprüche eine wichtige Rolle. Die deutsche Stahlproduktion war im März 1946 durch den Industriepan der vier Alliierten auf 5,8 Mill. t bei einer Kapazität von 7,5 Mill. t festgelegt worden. Auf Grund eines späteren Abkommens zwischen den amerikanischen und britischen Oberbefehlshabern in Deutschland wurde die Stahlquote auf 11 Mill. t erhöht, was nicht die Billigung ihrer Regierungen fand. In London erklärte jetzt Frankreich, es müsse mit seiner Kapazität von 12 Mill. t jährlicher Stahlerzeugung wesentlich über dem deutschen Niveau bleiben. Wie verlautet, würde Frankreich seine Zustimmung zu einer höheren Produktion Deutschlands davon abhängig machen, daß es eine ausreichende Menge Koks von Deutschland erhält, da es selbst nur 3 Mill. t Koks erzeugen könne, aber 12 Mill. t zur Verhüttung seiner Eisenerze benötige.

Neue englisch-sowjetische Wirtschaftsverhandlungen?

London (Südena-AFP). Die Frage der Wiederaufnahme der englisch-sowjetischen Handelsbeziehungen steht sowohl in London, als auch in Moskau auf der Tagesordnung. Wahrscheinlich wird Sir Stafford Cripps, der von 1940 bis 1942 Botschafter

in Moskau war und z. Zt. Handels- und Industrieminister ist, die englische Delegation führen. Cripps ist durch seine Sympathie für die Sowjetunion bekannt. Man nimmt an, daß die britische Regierung gezwungen ist, außerhalb der Dollarzone bedeutende Versorgungsquellen zu erschließen. Die Haltung der von einem Kommunisten geleiteten Bergarbeitergewerkschaft, sowie die Einstellung einiger Abgeordneter der Arbeiterpartei sei eine günstige Basis für die eventuelle Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den beiden Ländern.

Italien - UdSSR

Rom (Südena-AFP). Der Führer der republikanischen Partei Pacciardi fordert eine Revision der italienischen Politik gegenüber Rußland. „Wie es auch sei, wir müssen zu einer großzügigen Verständigung mit der Sowjetunion kommen. Wir müssen die Ursache der sowjetischen Mißstimmung, die unseren Interessen sehr schädlich sein können, genau erkennen. Nachdem es nun einmal zu dieser Mißstimmung gekommen ist, müssen wir innerhalb der Grenzen, die uns unsere heikle Lage vorschreibt, einen positiven Beweis für die absolute Ehrlichkeit unserer Absichten liefern.“

Französisches Veto im Sicherheitsrat

Lake Success (Südena-AFP). Auf den Vorschlag zur Bildung einer Kommission des Sicherheitsrats für Indonesien antwortete Frankreich mit einem Veto. Daraufhin lehnte der Sicherheitsrat den sowjetischen Vorschlag zur Bildung einer aus den Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats zusammengesetzten Kommission für die Überwachung der Durchführung des Befehls über die Waffenruhe in Indonesien ab.

Der Vorschlag, wonach die konsularischen Vertreter in Batavia einen Bericht über die Durchführung des Befehls zur Waffenruhe abfassen sollen, wurde angenommen.

Batavia. Eine hochgestellte republikanische Persönlichkeit erklärte, daß man in republikanischen Kreisen von der von Frankreich eingenommenen Haltung „überrascht und unangenehm“ beeindruckt sei. Wir hätten erwartet, daß die französische Regierung, die sich doch immerhin auf sozialistischer Basis aufbaut, gegenüber dem indonesischen Problem eine „weniger reaktionäre Haltung“ eingenommen hätte. Schließlich drückte dieselbe Persönlichkeit ihr Bedauern aus, daß gerade dieses Problem Frankreich dazu brachte, ihr erstes Veto als einzige Macht zum Nachteil der indonesischen Republik einzulegen.

Kundgebungen in Kairo

Kairo. (Südena-AFP). Demonstranten, die zur Organisation der „muselmanischen Brüder“ gehören, versammelten sich vor der sowjetischen Gesandtschaft. Sie gaben ihrer Sympathie für die sowjetischen Regierung Ausdruck und brachen in feindselige Ausrufe gegen den „Imperialismus“ aus. Anschließend übergaben sie dem Geschäftsträger der UdSSR eine Note, in der sie auf die Dankbarkeit der ägyptischen Nation für die Interventionen, die Gromyko im Sicherheitsrat zugunsten der ägyptischen Forderung vorgebracht hat, hinwiesen.

Kairo. (Südena-AFP). Der Generalsekretär des Außenministers kündigte eine bedeutsame Schwankung in der ägyptischen Politik an, die auf die

Haltung Sowjetrußlands und Polens im Sicherheitsrat zurückzuführen ist. Er erklärte unter anderem: „Die Regierung beschäftigt sich mit den Möglichkeiten eines Ausbaues der kulturellen, wirtschaftlichen und allgemeinen Beziehungen zu den Nationen, die die ägyptischen Forderungen im Sicherheitsrat unterstützen. So könne das kürzlich mit Polen besprochene Handelsabkommen vielerlei getätigt werden, als es bisher vorgesehen sei.“

Noch keine Regierung in Griechenland

Athen. Nachdem die Bemühungen, eine Koalitionsregierung auf breiter Basis zu bilden, vergeblich waren, wird der Führer der Volkspartei, Tsaldaris, einen letzten Versuch machen, um die Verantwortlichen der Liberalen Partei zur Mitarbeit in der Regierung zu gewinnen. Die Tatsache, daß der Chef der amerikanischen Mission dem Chef der Opposition, Sophulis, einen Besuch abstattete, ist ein Beweis für die außerordentliche Bedeutung des Faktors „Amerika“ bei der Lösung der Regierungskrise.

Waffen für Griechenland

New York. Zwölf amerikanische Transportschiffe befinden sich mit über 50 000 Tonnen militärischer Ausrüstungsgegenstände für die griechische Armee unterwegs nach Griechenland.

Athen. Einer vom Sender der demokratischen Armee verbreiteten Meldung zufolge soll die demokratische Armee seit dem 19. August zusammenhängende Angriffe in der Gegend der Berge Agrafa, Kozaba und Tsiperka begonnen haben. Die Operationen hätten zur Befreiung von mehr als 100 Ortschaften in einem Gebiet von über 600 km² geführt.

Schweizer Grenzverkehr

Singen. Die zuständige Kommission der franz. Militärregierung hat einem von schweizerischen Seite gestellten Antrag um Aufhebung der Wechselpflicht für Passanten stattgegeben. Dies betrifft den kleinen Grenzverkehr und wirkt sich für die mit einem schweiz. Tagesschein ausgerüsteten Grenzgänger aus, die beim Uebertritt nun nicht mehr zehn Mark zum Kurs von 4,39 schw. Franken umwechseln müssen. Die Neuregelung gilt für die gesamte deutsch-schweizerische Grenze zwischen Kreuzlingen und Basel.

Ein Block: USA - Spanien - Portugal?

Petropolis. Auf der all-amerikanischen Konferenz wurde in der Frage eines Paktes zur Kollektivverteidigung der westlichen Hemisphäre Übereinstimmung erzielt bis auf den Einwand Argentinien, daß Aggressionen eines amerikanischen Staates gegen einen anderen nicht mit gemeinsamen Gegenmaßnahmen beantwortet werden sollen. Voraussichtlich soll auch Kanada in den Verteidigungspakt (Sicherheitsrat) mit eingeschlossen werden, trotzdem es als britisches Dominion bisher nicht zur panamerikanischen Union der 21 Republiken zählt.

Unterrichtete Beobachter behaupten, daß auf Anregung von Peron (Argentinien) ein neuer Block aus Ibero-Amerika—Spanien—Portugal—Italien gebildet werden soll, unter dem Segen des Vatikans, der durch die Latinität und Katholizität zusammengehalten wird und dem kapitalistischen Westblock und dem kommunistischen Ostblock die Waage halten möchte. Die kürzliche Europatournee von Frau Peron, wobei sie mit Franco Beziehungen aufnahm, geben dieser Kombination neue Nahrung. (RNZ)

„Wir machen die Hetze nicht mit!“

Freiburg. In der am Mittwoch hier stattgefundenen Tagung des Bundes der Kriegsdienstgegner protestierten sämtliche Anwesenden energisch gegen die gegenwärtige erneute unverantwortliche Hetzkampagne gegen den Kommunismus und die UdSSR. Einmütig bekannten sich sämtliche Friedensfreunde zu dem Bekenntnis: „Wir machen hier nicht mit! Nur Verbrecher suchen einen Krieg mit der Sowjetunion.“

Chinesische Besorgnis

Peking (Südena-AFP). „Mit Japan wieder freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, gleichzeitig die Sowjetunion jedoch als feindliche Nation zu behandeln, entspricht nicht den Interessen Chinas“, schreibt das den linken Flügel der Kuomintang und gewisse Oppositionskreise vertretende Organ „Takung Pao“. Die Zeitung ist der Ansicht, daß China den Washingtoner Vorschlag, sobald als möglich eine Japan-Konferenz der 11 Mächte, auch ohne Rußland, einzuberufen, ablehnen solle. „Es ist klar, daß Japan mit Unterstützung der USA die russisch-amerikanischen Rivalitäten zu seinen Gunsten ausnützen wird und zwar auf Kosten Chinas, das eine gemeinsame Grenze von mehreren 1000 km mit Rußland hat“, führt das Blatt weiter aus und erklärt abschließend, daß China vor allem die industrielle Wiedergeburt Japans fürchtet.

Keine Verschmelzung der französischen Zone mit der Bizone

London. René Massigli, der französische Botschafter in London und Leiter der französischen Delegation bei den Dreimächtebesprechungen, dementierte die Meldungen, wonach die französische Delegation sich mit einer Verschmelzung der französischen Zone mit der Bizone einverstanden erklärt haben soll. Massigli sagte, diese Frage stehe bei den Londoner Besprechungen nicht auf der Tagesordnung.

Herbert Warnke (FDGB-Berlin)

Rückblick auf Badenweiler

Als Norddeutscher die Eindrücke einer Reise nach Südbaden wiedergeben zu wollen, ohne einige Worte über die landschaftliche Schönheit Badens zu verlieren, ist natürlich unmöglich. So sei denn gesagt, daß uns Baden schon wegen dieser Reize der Landschaft unvergesslich sein wird. Aber im stärksten Kontrast zur landschaftlichen Schönheit steht die wirtschaftliche Not, die Baden ebenso wie den ganzen übrigen deutschen Ländern seinen Stempel aufdrückt. Völlig überwindbar ist diese Not letzten Endes nur durch die Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes, dessen Wirtschaftsorganismus ja in hunderten von Jahren zusammengewachsen ist und auf die Dauer nicht ohne die schwersten Folgen für unser ganzes Volk in 4 Teile getrennt werden kann.

Die Gewerkschaften Deutschlands, mit ihren fast 8 Millionen Mitgliedern die stärkste aller Organisationen, können sehr viel dazu beitragen, die Zonengrenzen moralisch und politisch überwinden zu helfen. Es ist ein sehr erfreuliches Kennzeichen der V. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften, die in Badenweiler stattfand, daß sie sich dieser Aufgabe bewußt war. Daher ihr Beschluß auf Einsetzung eines Arbeitsausschusses zur Vorbereitung eines Reichskongresses der deutschen Gewerkschaften, der der Herstellung der deutschen Gewerkschaftseinheit und der Schaffung einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsführung dienen soll.

Für den Schreiber dieser Zeilen war es erfreulich, zu erleben, daß die von der IV. Interzonenkonferenz dazu eingesetzte Kommission gemeinsame Richtlinien für die Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Betriebsräte-Arbeit in ganz Deutschland schuf. Diese Richtlinien wurden dann von der V. Interzonenkonferenz einstimmig angenommen. Sie regeln das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft, sie betonen die Notwendigkeit der Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes des Betriebsrates in allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Angelegenheiten des Betriebes. Sie setzen sich für die Verwirklichung des Gesetzes Nr. 22 Betriebsrätegesetz des Alliierten Kontrollrates durch Abschluß betrieblicher Vereinbarungen ein. Sie fordern die Schaffung von gewerkschaftlichen Kommissionen im Betrieb zwecks Unterstützung der Arbeit des Betriebsrates. Die Durchführung dieser Richtlinien wird zweifellos geeignet sein, das Mitbestimmungsrecht im Betrieb stärker als bisher im ganzen Reich auf eine einheitliche Basis zu bringen.

Natürlich hörten wir während unserer Anwesenheit in Südbaden auch vieles über die Arbeit der südbadischen Gewerkschaften. Besonders berührte uns der zweifelloso vorhandene starke Wille zur Einheit in der badischen Gewerkschaftsbewegung. Anhänger der verschiedensten politischen Richtungen arbeiten dort (wie auch bei uns in der sowjetisch besetzten Zone) gemeinsam und zielbewußt mit den parteilosen Kollegen am Aufbau und an der Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, unter Zurückstellung ihrer parteipolitischen Auffassungen, die nur außerhalb der Gewerkschaften ausgetragen werden dürfen. Ein besonders deutliches Merkmal des Bestehens einer soch gesunden Auffassung gab die Betriebsräte-Konferenz des Bezirks Rastatt, die in Gaggenau stattfand und an der wir mit 2 Vertretern aus der sowjetisch besetzten Zone teilnehmen konnten. Die Diskussion zeigte ein gutes Niveau und man konnte als Gast bei bestem Willen nicht feststellen, welcher Partei der einzelne der 17 Diskussionsredner angehören mochte. Jede Rede war vom ersten Willen getragen, der Gewerkschaftsbewegung zu dienen. Erfreulich war auch, daß diese Konferenz den Abschluß von Betriebsvereinbarungen über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte behandelte, denn erst über den Abschluß solcher betrieblicher Vereinbarungen werden dem Betriebsrätegesetz und dem Mitbestimmungsrecht Leben verliehen. Als besonders angenehm empfanden wir das große Interesse, das auch diese Konferenz unseren Darlegungen über die Gewerkschaftsbewegung in der sowjetisch besetzten Zone entgegenbrachte. Auch dabei kam der Einheitswille der dortigen Gewerkschaftskollegen zum Ausdruck.

So denken wir Teilnehmer an der Badenweiler-Konferenz gerne an diese Tagung und an diese Reise zurück und wir hoffen, unsere Bekanntschaft mit den Gewerkschaftskollegen Badens bald in neuen Zusammenkünften wieder auf frischen zu können. Gemeinsam mit unseren Kollegen im Westen und Südwesten Deutschlands sind wir bereit, unsere ganze Kraft für die Einheit der deutschen Gewerkschaften, für die Einheit Deutschlands einzusetzen — zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft, zum Wohle unseres ganzen Volkes!

Wallace gegen Truman

New York. Heute droht den Menschenrechten in den USA eine größere Gefahr als jemals in der Geschichte der Vereinigten Staaten, erklärte Henry Wallace in seiner „New Republic“. Die Loyalitätsgesetze Trumans, das innerpolitische Gegenstück zur Truman-Doktrin, können ihren antikommunistischen Zweck nur auf Kosten der demokratischen Freiheiten erfüllen.

Wallace meint, daß die USA sich in steigendem Maße zu einer „Regierung der Truste durch die Truste“ entwickeln und daß diese die Menschenrechte und die Verfassung mißbrauchen. Die Zeit sei gekommen, den Hetzern und Vertretern der „Gedankenkontrolle“ den Kampf anzusagen. Er weist darauf hin, daß der Oberste Gerichtshof in letzter Zeit mehrfach dahin entschieden habe, daß die Kommunisten weder die Regierung noch ihre Einrichtungen gefährden. Er hoffe, daß der Oberste Gerichtshof die Loyalitätsgesetze für verfassungswidrig befinden wird.

„Obwohl das den momentanen Opfern dieser Gesetzgebung ein schwacher Trost sein wird“, sagt Wallace abschließend, „kann diese Aussicht die Hoffnung aufrechterhalten, daß wir zu einer Atmosphäre zurückkehren, in der es möglich sein wird, eine bürgerliche Demokratie zu retten, indem wir die Menschenrechte beschützen und erweitern, Krisen beseitigen und lernen, in Frieden mit der Sowjetunion zu leben“.

Zu Carlebachs Lizenz-Entzug

Zu diesem von uns in der letzten Nummer berichteten aufsehenerregenden Vorfall fügen wir einige weitere Dokumente hinzu, da es sich um eine Angelegenheit handelt, die für die demokratische Pressefreiheit von unabsehbarer Tragweite ist.

Frankfurt a. M. Nach Entzug seiner Lizenz richtete Emil Carlebach einen Brief an den Direktor der Militärregierung für Hessen, Dr. Newman, in welchem es u. a. heißt: „Sie haben mir heute nachmittag um 17 Uhr ohne Angaben von Gründen die Lizenz zur Herausgabe der „Frankfurter Rundschau“ entziehen lassen, nachdem ich seit meiner Befreiung aus elfjähriger politischer Gefangenschaft zwei Jahre lang meine Arbeitskraft an dieser Stelle restlos für eine demokratische deutsche Politik eingesetzt hatte... Da mit meinem Ausscheiden unter den 80 Lizenzträgern an Zeitungen der US-Zone nur noch zwei Kommunisten verbleiben, muß sich in der Öffentlichkeit der Eindruck verstärken, daß die Pressefreiheit in dieser Zone für die KPD keine Geltung habe, obwohl diese eine der vier zugelassenen demokratischen Parteien ist.“

Die Antwort

Ueber den Grund des Lizenzentzuges schreibt Dr. Newman unter anderem:

Was die Ursache der Zurückziehung Ihrer Lizenz anbelangt, so kann ich nur feststellen, daß ich mich völlig davon überzeugt habe, daß Sie nicht nur den Zielen der Militärregierung kein Vertrauen entgegenbringen, sondern auch Ihre Handlungen und Ihre Haltung derart gewesen sind, daß unsere Aufgabe dadurch erschwert wurde. Ihre politischen Auffassungen haben mich nicht so sehr gestört, als Ihre offensichtliche Unfähigkeit, die Grundprinzipien der Demokratie zu verstehen. Wenn jene, denen wir das Vertrauen entgegenbringen, Zeitungen herauszugeben, unsere Radiostationen zu benutzen und Stellungen in der hessischen Regierung zu bekleiden, kein Verständnis für unsere Prinzipien haben und nicht will-

Dr. Scharnagl im Nacktklub

Als Vertrauensbeweis erhielt er einen kleinen Rehbock (aus Holz)

München. Der Münchener Oberbürgermeister Dr. Scharnagl erklärte in einer Stadtratsitzung, daß er vor wenigen Wochen mit einigen Vertretern des „Osiris-Clubs“ das Nordbad besichtigt habe. Anschließend hätten er und die anwesenden Damen und Herren des Clubs das Bad ohne Badebekleidung benutzt. Nach dieser einmaligen Benutzung des Bades habe er ausdrücklich betont, daß ein weiteres Baden „nur in angemessener Badebekleidung“ erfolgen dürfe. Inbezug auf die politische Bedeutung sei für die Angelegenheit ausschließlich der Stadtrat zuständig, während er sich andererseits als Katholik lediglich kirchlichen Stellen gegenüber verantwortlich fühle. Die einzelnen Fraktionen sprachen dem Oberbürgermeister erneut ihr Vertrauen aus. Die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung trat warmherzig für den Oberbürgermeister ein und überreichte ihm als Zeichen ihrer Verbundenheit einen kleinen geschnitzten Rehbock. Die KPD erklärte, es sei jedermanns Privatsache, auf welche Weise er sich lächerlich machen wolle.

Schulfeiern am 13. September

Stuttgart (VVN). Der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus wird zum ersten Mal am 13. und 14. September in allen deutschen Ländern zur Durchführung kommen. In den Städten sind größere öffentliche Feiern geplant, die von der VVN veranstaltet werden, unter Teilnahme aller antifaschistischen Organisationen und Behörden. Für Baden und Württemberg (amerikanische Zone) hat der Ministerrat einstimmig den Gedenktag als eine staatspolitische Notwendigkeit anerkannt. Der neue Kul-

Das Saarland wählt

Baden-Baden. Eine Verordnung bestimmt die Wahlen im Saargebiet für die Gesetzgebende Versammlung auf 5. Oktober. Das Parlament wird aus fünfzig Abgeordneten bestehen, die auf fünf Jahre nach Listen mit proportioneller Vertretung gewählt werden. Die erste Aufgabe wird die Annahme einer Verfassung sein, welche von der seit Monaten tagenden Verfassungskommission ausgearbeitet wurde.

Keine politischen Verhaftungen

Berlin. Das Mitglied des Zentralsekretariats der SED, Erich W. Gniffke, veröffentlicht einen Schriftwechsel mit der Schriftleitung von SPD-Organen, in welchem die lügenhaften Behauptungen der SPD-Presse über die angebliche Verhaftung von Sozialdemokraten und Antifaschisten in der Ostzone wegen ihrer politischen Haltung erneut aufs Schärfste gebrandmarkt und als niedrige Hetze gekennzeichnet werden. Aus dem vorliegenden Material geht hervor, daß Gniffke bereits vor 10 Monaten einer Aufforderung der SPD zufolge mehrere Fälle eingehend untersucht und klarstellte. Darnach hatte es sich bei den „Verhafteten“ entweder um Fälle gehandelt, die aus rein unpolitischen Gründen straffällig waren oder aber, wie sich in mehreren dieser Fälle herausstellte, überhaupt keine Verhaftung vorlag und Gniffke belegen konnte, daß diese Personen sich in völliger Freiheit befanden.

Nunmehr stellt Gniffke nach einem neuen Angriff im „Sozialdemokrat“ noch einmal die ganzen Fragen klar, wonach ihm nicht ein einziger Fall bekannt wurde, wo ein Antifaschist seiner politischen Handlung wegen in Haft genommen worden sei. Gniffke verweist darauf, daß in der sowjetischen, wie auch nicht weniger in den westlichen Besatzungszonen sich Lager befänden,

die nicht zur Einfluß-Sphäre der politischen Parteien gehören und fährt dann fort, daß bisher bei der Behandlung dieser Frage durch die SPD-Presse in keinem Fall der ehrliche Wille erkennbar gewesen sei, vermeintlich zweifelhafte Fälle zu klären. „Erkennbar war bisher nur, jede aber auch jede — Gelegenheit zu einer Hetze gegen alles, aber auch wirklich alles, zu benutzen, was in der Verbindung mit der Sowjetunion, mit der sowjetischen Besatzungsmacht und mit der sowjetischen Besatzungszone steht. Es ist dies auch eine Art Kriegsführung, die Sie und ihre Gesinnungsgenossen im Goebbels'schen Sinn über den 8. Mai 1945 fortgesetzt haben und wohl noch weiter fortführen werden, nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden des deutschen Volkes.“

Protest gegen Naziprovokationen

Berlin. In den Abendstunden des vergangenen Freitags zog eine größere Gruppe von Provokateuren in militärischer Ordnung durch die Straßen des Bezirks Kreuzberg und sang dabei nazistische Lieder — unter anderem auch das Horst-Wesellied! Gegen diese Naziumtriebe und gegen die Schändung jüdischer Friedhöfe, die ebenfalls bekannt geworden war, veranstaltete die Belegschaft des Anhalter Bahnhofs eine Protestversammlung. Die Arbeiter forderten die Antifaschisten aller Parteien auf, gegenüber solchem faschistischen Unfug und gegen einen vielleicht aufkommenden neuen Naziterror wachsam zu sein.

Denkmalschändung

Wilhelmshaven. Unbekannte Täter haben die in einem Denkmalloock eingemeißelten Namen der 33 Opfer des Faschismus mit Teer überstrichen und beschmutzt!

Yella Schaar Ausschluß zuvorgekommen

Berlin. Die Heidelberger Sozialistin Yella Schaar, bisheriges Mitglied des Parteivorstandes der SED, ist aus der SED ausgetreten. Als Begründung für ihren Schritt gibt sie in der Presse Erklärungen ab.

Hierzu veröffentlicht der Parteivorstand der SED eine Erklärung, wonach Frau Schaar ein- und einhalb Jahre dem Parteivorstand angehört hat und nicht ein einziges Mal in dieser Zeit Gelegenheit genommen hätte, auch nur eine einzige kritische Bemerkung zu den Grundsätzen und Zielen oder der Politik der Partei zu machen. Im Gegenteil, Frau Schaar versuchte bis in die letzten Monate in einflussreiche Stellungen der SED zu gelangen. Diese Wünsche konnte die Partei nicht erfüllen, da auf Antrag sozialdemokratischer Genossen aus Hessen eine Prüfung der ungeklärten politischen Vergangenheit von Frau Schaar im Gange ist, die wahrscheinlich zu ihrem Ausschluß aus der Partei geführt hätte. Davon wußte Frau Schaar, da sie bereits einige Monate nicht mehr zu den Sitzungen der Partei eingeladen wurde. Durch die Veröffentlichung ihrer Austrittserklärung wollte sie offenbar der Entscheidung der SED zuvorkommen.

Vor 100 Jahren Demokraten-Kongreß

Offenburg (Südena). Am 13. September 1947 sind 100 Jahre vergangen, seit sich hier die Demokraten Süddeutschlands zusammenfanden, um zu beraten, wie sich das freiheitliebende Volk seine Demokratie schaffen könne, um durch sie Glück und Wohlstand, Frieden und Völkerverständigung zu fundieren. Dieser historisch denkwürdige Tag soll feierlich und den Umständen der Zeit entsprechend begangen werden.

Ein großer Festakt ist auf die politische Bedeutung des Tages ausgerichtet. Der Name des Festredners ist noch nicht endgültig bekannt. Die Landesvorsitzenden der vier Parteien werden im Anschluß an die Festrede über den demokratischen Gedanken sprechen. Vom Südwestfunk wird der Festakt übertragen. Eine reich illustrierte Festschrift ist in Vorbereitung.

Europa-Union für Zusammenarbeit mit UdSSR

Düsseldorf (Dena). Der Leiter der Abteilung Presse und Rundfunk der „Deutschen Europa-Union“ sprach sich in einer Pressekonferenz für die Zusammenarbeit Europas mit der UdSSR aus. Der Vorsitzende des Präsidiums betonte die Notwendigkeit, daß auch das deutsche Volk erkenne, daß ein europäischer Staatenblock, aber kein Machtblock, errichtet werden müsse.

Kleine Zeitung - Neuigkeiten des Tages

IMMENSTAAD. In einer vorbildlichen Maßnahme ist die kleine Gemeinde am Bodensee einen Teil der Obstbäume von gemeindeeigenen Bäumen für die Ostflüchtlinge eingekellert.

MANNHEIM. Von etwa 5000 Männern und ca. 50 Frauen, die im Juli durch das Arbeitsamt vertrauensärztlich untersucht wurden, waren nur zwölf Prozent voll arbeitsfähig und nur 4,1 Prozent für ihren bisherigen Beruf geeignet.

MAINZ. Vor den Beamten der Stadtverwaltung sprach kürzlich der Mainzer Oberbürgermeister über das Verhältnis von Stadtverwaltung, Beamten und Bürgerschaft und verlangte insbesondere von den Beamten Verständnis für jedermanns Angelegenheiten, Höflichkeit und Hilfsbereitschaft.

STUTTGART. Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Planung und Lenkung der Wirtschaft sowie eine Herabsetzung der Arbeitszeit wurde auf der Landeskonferenz der Gewerkschaften für das Gesundheitswesen gefordert.

Nürnberg. In den letzten Tagen wurden durch Waldbrände in den Kiefernbeständen in der Nähe von Nürnberg insgesamt 900 ha Wald zerstört.

FRANKFURT. Der Wirtschaftsrat bemüht sich z. Zt., das ehemalige KDF-Schiff „Robert Ley“, das in England verschrottet werden soll, für den Walfang freizubekommen. Es sei nicht einzusehen, weshalb wohl Japan aber nicht Deutschland eine Walfangflotte unterhalten dürfe.

DUSSELDORF. Die Einfuhr von Penicillin und Insulin im Gesamtwert von 25.000 Dollar ist jetzt für die amerikanische und die britische Besat-

zungszone Deutschlands freigegeben worden, wie hier am Dienstag von den britischen Besatzungsbehörden bekanntgegeben wurde.

WEIMAR. Fünfzig Prozent der an den Volksschulen in Thüringen tätigen Lehrkräfte sind Neulehrer. An den Hilfsschulen sind 1,9 in Beruf- und Fachschulen und an den Oberschulen 2,7 Prozent Neulehrer beschäftigt.

BERN. Zum polnischen Gesandten für die Schweiz wurde einer der bekanntesten polnischen Dichter, Julian Przybos, ernannt.

WIEN. Hier fand die Grundsteinlegung für eine neue, nach dem kürzlich in Schweden verstorbenen Ministerpräsidenten Hansson getaufte Wohnbausiedlung mit rund 850 Wohnungen statt.

ROM. Auf Einladung der sowjetischen Gewerkschaftsorganisation ist eine Delegation des allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes mit dem Flugzeug nach Moskau abgereist.

UDINE. Zehn Matrosen kamen bei dem Sinken einer kleinen Schaluppe, die auf eine Mine lief, ums Leben. Obwohl der Unfall sich in kurzer Entfernung von der Punta Stobba-Küste an der Mündung des Isontoflusses ereignete, kamen die Rettungsmaßnahmen infolge der Geschwindigkeit, mit der das Schiff sank, zu spät.

PARIS. Die französische Nationalversammlung hat mit 494 gegen 9 Stimmen die Gesetzesvorlage auf Errichtung einer autonomen Republik Algerien abgelehnt. Auch der kommunistische Vorschlag auf Errichtung einer Verwaltungsautonomie wurde abgelehnt.

„Was dein ist, das ist mein!“

So predigte der Pfarrer über den Kommunismus

In Württemberg liegt das Dörfchen Sirchingen. In diese kleine Albgemeinde kommt alle zwei Jahre zum Visitationsgeschäft (ein herrliches Deutsch) der Herr Dekan der benachbarten Stadt Urach.

Ich kam zufällig am Tage darnach auch in das Dorf, allerdings zu einer anderen „Visitation“. Man kommt ins Gespräch wegen Kartoffeln und so, natürlich auch über Politik. „Herrje, Sie sind auch ein Kommunist“, erschrickt die Bauersfrau und schaut mich an, als wäre ich der leibhaftige Teufel. Der Herr Pfarrer hat gestern was Böses über die Kommunisten gepredigt. Das seien Diebe und Räuber, die nähmen alles weg, alles was uns wäre, müßte auch ihnen sein!

Ich konnte ihr erzählen, daß diese Auffassung von „Sozialisierung“ altbewährter Schwindel sei und nur zur Verhetzung diene. Es war mir nicht leicht, das alte Bauernweib, das selbst einen Sohn in der Stadt hat, der Sozialdemokrat ist, aus ihrer Gewissensnot zu befreien... und zog schließlich zufrieden von dannen. Aber, man muß einmal sehr ernst über solche christlichen Predigten sprechen, die den Zweck politischer Hetze haben und wozu die Kanzel gewiß nicht der Ort sein sollte.

Dieser sachlichen Einsendung eines Lesers versuchte die Redaktion, wie wir das gewöhnlich tun, durch direkte Rückfrage beim Pfarramt auf die Spur zu kommen. Usmehr, weil wir solch eine Tolpatschigkeit dem ehrenwerten geistlichen Herrn nicht zutrauen. Aber siehe da, der Dekan Dr. Fischer in Urach (Württ.), Schloßhof 3, antwortete uns wörtlich:

„Es freut mich, daß Sie mir Gelegenheit geben, mich zu der Einsendung aus Sirchingen zu äußern. Das ist eine anständige Kampfwiese, die ich bei den Nationalsozialisten vermisst habe. Und nun zu der in Frage stehenden Stelle in meiner Visitationspredigt. Ich sprach über Apostelgeschichte 2,42—47. Bei Vers 44 und 45 muß der Prediger auf den christlichen Kommunismus zu sprechen kommen. Ich stellte ihm dem politischen Kommunismus gegenüber. Der christliche ist völlig freiwillig. Er zwingt niemand, mit den Brüdern zu teilen. Er geht aus von der Gesinnung Jesu, der mit allem, was er war und hatte, den andern diente und dasselbe von seinen Gefolgsleuten (wie gut beherrschen Sie noch die Naziphrasen! Red.) verlangt. Der christliche Kommunismus ist begründet auf dem Gebot der Nächstenliebe, er spricht: was mein ist, das ist dein, der politische Kommunismus geht aus von der Forderung der sozialen Gerechtigkeit und sagt: was dein ist, das ist mein. Ich habe mich so zugespitzt ausgedrückt, da hat der Spitzel ganz richtig gehört, und stehe aus innerster Ueberzeugung zu meiner Äußerung. Im übrigen habe ich in meiner Predigt keinerlei Polemik gegen den Kommunismus getrieben, sondern rein religiöse und ethische Gedankengänge entwickelt.“

Was also zu erforschen war, hat sich mehr als bestätigt. Zur Begründung führt F. dann die üblichen Greuelgeschichten an und fügt einige massive Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die KP hinzu, wie sie Arme im Geiste aus der Hetzpresse (nicht nur der Goebbels'schen), billig zur Hand haben.

Interessant ist im Schreiben die Bemerkung „Spitzel“. Aber Herr Pfarrer, sind denn Ihr Gläubigen, wenn sie das Bedürfnis haben, nachdem Sie ihnen das Herz in der Predigt voll machten, davon weiterzusagen, gleich Spitzel? Offenbar fühlen Sie sich ertappt, wenn Ihre christliche Weisheit in die breite Öffentlichkeit kommt. Uns dünkt, daß dieses Gepolter auf Sie selbst zurückfällt!

„Allerdings bedauere ich, daß wir Pfarrer nun wieder von einer Partei bespitzelt werden. Von meinen Amtsbrüdern in der russisch besetzten Zone ist mir das schon lange bekannt, daß wir aber auch in den westlichen Zonen und auf kleinen Albdörfern politische Spitzel im Gottesdienst haben, das ist bedauerlich. Wenn es kein Spitzel, sondern ein ehrlicher Kerl wäre, dann wäre er nach der Predigt in die Sakristei gekommen und hätte mich wegen der ihm mißfälligen Äußerung zur Rede gestellt. Das ist Männer- und Christenart, nicht aber Denunziation bei einer politischen Zeitung! Ich bedaure, daß in der gut kirchlichen Gemeinde Sirchingen, die an jenem Sonntag das kleine Gotteshaus gefüllt hat, solche Elemente sich befinden. Ihr Berichterstatter soll sich schämen und sich bessern!“

Wir bedauern garnicht, daß sich auch in dem kleinen Sirchingen solche denkenden und zweifelnden Männer und Frauen finden, die Sie freundlicherweise als „Elemente“ herabsetzen. Im Gegenteil, wirkliches Christentum muß sich auch im Lichte der Öffentlichkeit, der Wahrheit und der Kritik bewähren. Nicht nur in der Sakristei.

Die Redaktion hat übrigens noch mehrere solche Rückfragen bei Pfarrämtern laufen, ohne daß jene betreffenden geistlichen Herren den Mut hätten, offen und ehrlich zu ihrer schon notorisch gewordenen Kommunistenthetze zu stehen.

Offenburger Sperrmaßnahmen aufgehoben

Offenburg. Alle in Zusammenhang mit der spinalen Kinderlähmung verhängten Sperrmaßnahmen sind ab 29. August aufgehoben.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden — Organ der KP
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1
Tel. 1374 Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg —
Verlag: Südwest-Verlag-GmbH. (17b) Offenburg,
Hauptstr. 115, Postfach 461, Fernruf 2207 — Erscheint
mittwochs u. freitags — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk.
einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

Prügelstrafe

Reaktionärer Geist geht um und erhebt den Prügelstock, um seine Herrschaft wieder aufzurichten. Zu wessen Nutzen? Zu wessen Diensten?

Dr. Alois Hundhammer, bayerischer Kultusminister von der CSU, startete die Aktion zur Wiedereinführung der Prügelstrafe in den bayerischen Schulen. Er unternahm sogar eine Abstimmung. Aber nicht etwa durch einen verfassungsmäßigen Volksentscheid und damit verbundener Diskussion und Aufklärung über die abzustimmende Frage, sondern durch eine private Befragung mittels Fragebogen. Diese wurden zweifellos bei einem großen Teil der Befragten als erwünschte Zustimmungserklärungen aufgefaßt und so fielen dann auch die Antworten aus: 60 Prozent der bayerischen Erziehungsberechtigten hatten nichts einzuwenden gegen die Wiedereinführung der Prügelstrafe.

Diese Abstimmung zeigt deutlich den rückwärtlichen Kurs dieses CSU-Ministeriums und ihr Ergebnis beweist, wie uninteressiert und ohne Verantwortung die erziehungsberechtigten Eltern oft handeln. Besonders wir Frauen, die wir heute die Hauptlast der Erziehung mit der Pflege und Erziehung der Kinder haben, müssen hier klar sehen, klar denken und entscheiden lernen. Eine Gesellschaft, die keine anderen Erziehungsmittel für unsere Jugend hat, als den Prügelstock, die taugt eben nichts und muß geändert werden. Unsere Jugend soll nicht wieder mit den Mitteln der Gewalt und zur brutalen Machtausübung gegenüber dem Schwächeren erzogen werden. Wir Mütter fordern solche Schulverhältnisse, wir fordern solche wirtschaftlichen und allgemeinen Lebensbedingungen für unsere Kinder, daß sich in ihnen demokratische Gesinnung, Menschlichkeit und Achtung vor der Würde des Menschen entwickeln kann. Kann das der Prügelstock bewirken? Niemals!

Und wenn Herr Hundhammer im Landtag seine reaktionären pädagogischen Pläne damit rechtfertigen wollte, daß er sagte, so mancher Lausbub sei durch ein paar rechtzeitig verabfolgte „Watschen“ davon bewahrt worden, daß man ihm später einmal den Kopf abnehmen müsse, so unterließ er zu sagen, daß mancher Kopf ja Köpfe ungezählt zum Opfer fallen eben durch das System der „Watschen“, die ja nur der Anfang sind und die Tür aufstoßen zu den Gewaltmethoden, die zur brutalen Unterdrückung des Menschen durch den Menschen.

Wenn Herr Hundhammer das nicht weiß, sollte er lieber seinen Abschied nehmen von Erziehung und Kultur und sich einen anderen Beruf suchen. Die Prügelstrafe von Staats wegen führt auf direktem Wege wieder zurück zu den Methoden der SA-Keller, aus denen die Schreckensschreie der Mißhandelten uns noch in den Ohren gellen. Mit ein „paar Watschen“ fängt es an, und wo endet es? Keine Mutter sollte sich da täuschen lassen!

Wir denken da an den kleinen elfjährigen Jungen aus Hitzingen (UT Nr. 61), der von einem Pfarrer unmenschlich geprügelt wurde. Unsere Herzen zittern, wenn wir ein Kind, das sich nicht wehren kann, so mißhandelt sehen. Wer will diesem Kind einen Vorwurf machen, wenn sein Herz verstockt und voll Haß und Verachtung wird? Wohin kommen wir, wenn die Prügelstrafe von Gesetzes wegen wieder erlaubt, damit also „gefördert“ wird? Hier nicht nur „mitfühlen“, sondern die Zusammenhänge erkennen lernen, die Konsequenzen ziehen, wenn es zu handeln gilt, das ist auch ein Stück Frauenpolitik. M. B.

Von der Wiege bis zur Bahre . . . Formulare

Ein Fräulein H. aus T. bei Rottweil hat kranke Füße. Der Arzt empfiehlt als einzige Hilfe orthopädische Maßschuhe. Der Vertrauensarzt schreibt ein ärztliches Attest und das Fräulein reist zum Wirtschaftsamt nach Villingen, wo sie einen Schein für ein Paar orthopädische Maßschuhe erhält. „gültig drei Monate vom Tage der Ausstellung“. Das gute Fräulein geht zum orthopädischen Schuhmacher, dieser gibt den Schein seinem Lieferanten, dem Lederhändler. Der Händler gibt den Schein weiter an die von der Lederzentrale und der Regierung bestimmte Großvertriebsstelle in Freiburg. Dort ruht der Schein sich zuerst aus.

Genau nach 6 Wochen erhält der Lederhändler folgenden Bescheid: In der Einlage geben wir Ihnen den orthopädischen Bezugschein zurück und geben Ihnen folgenden Weg bekannt: Dem Bezugschein muß das dazugehörige ärztliche Attest beigeheftet werden; dann muß der Schuhmacher den Bezugschein mit ärztlichem Attest an den Obermeister R. einreichen. Herr R. gibt den Bezugschein an den Landesverband, welcher die Bezugscheine gesammelt an die Lederzentrale liefert zur Materialgenehmigung. Nach Materialgenehmigung geht der Bezugschein an den Schuhmacher zurück und kann an den Lederhändler zur Belieferung gegeben werden. Der Lederhändler reicht den Bezugschein an die Lederzentrale ein und erhält von denselben die Warenschecks.

Der Bezugschein war am 14. März ausgestellt und inzwischen natürlich verfallen. Das fräulein, das vielleicht, weil es keine Schuhe hat, ihrer Arbeit und ihrem Verdienst nicht nachsehen kann, fängt nun die Litanei von vorne an. Wir können nur sagen: heiliger Bürokratismus! Glauben Sie, liebe Leserinnen, daß die Frauen es auch so umständlich machen? m. b.

WIE FRAUEN könnten das viel besser machen als Ihr, erklärten vor einiger Zeit die Frauen in dem Dörfchen Mazeyrat-Crispinnac im französischen Departement Haute-Loire. Bei der folgenden Wahl gaben die Mehrzahl der Abstimmenden ihre Stimme der weiblichen Liste, so daß nunmehr 12 Gemeinderätinnen ausschließlich die Geschicke der Gemeinde lenken.

DER TAG DER FRAU

Frauen als Bürgermeister - geht das auch?

Ja, warum nicht? Gerade auf diesem Posten dürfte eine Frau mit Verstand und Arbeitsdisziplin „sehr gut ihren Mann stehen“. Frauen haben mehr wie die Männer das richtige Gefühl für das Notwendige und handeln unmittelbar, ihnen liegt der Bürokratismus weniger, wie den Männern. Natürlich wollen wir keinem Dilettantismus das Wort reden, natürlich sollen nur solche Frauen solche Posten übernehmen dürfen, die über Schulung und Können verfügen und die gezeigt haben, daß sie arbeiten können. Bestimmt gibt es viele Frauen, die zum Bürgermeister nicht taugen — aber taugen etwa alle männlichen Bürgermeister etwas? Wenn in unserer Zone nur erst wenig Frauen in leitender Verwaltungsarbeit tätig sind, so braucht das ja nicht immer so bleiben, und daß es anders wird, darum müssen wir Frauen uns kümmern.

Schauen wir einmal zu unseren Schwestern in die Ostzone, dort wird die Frau zur Mitarbeit im öffentlichen Leben weitgehend herangezogen. So sehen wir allein im Kreis Osthavelland fünf weibliche Bürgermeister.

Die erste im Kreis war Frau Mehlitz in Wansdorf, früher Sekretärin. Sie hat zwei große Kinder, ihr Mann ist noch in Gefangenschaft. Wansdorf hat tausend Einwohner, davon zwei Drittel Flüchtlinge, und die größte Sorge der Frau Bürgermeister ist, diese gut unterzubringen. Ein Erntekindergarten gibt täglich 40 Kindern warmes Essen, auf allen Gebieten ist eine enge Zusammenarbeit mit der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“. Sie sagt: „Wir erfüllen reibungslos unser Soll, aber meine große Bitte ist: nicht hängen im nächsten Winter! Jetzt geht's an die große, gemeinsame Aktion des Stubbenrodes, damit im Winter keiner friert.“

In Etzin, einer Gemeinde mit 700 Einwohnern, ist Franziska Krahl, 43 Jahre alt, tätig. Ihr Mann ist gefallen. Früher war sie Guttssekretärin, hat aber auch schon als Landarbeiterin gearbeitet. Ihre Gemeinde hat 26 Neubauern, 16 Altbauern u. 58 Kleinsiedlerstellen. Es gibt viel Arbeit, besonders jetzt im Sommer, oft ist sie Tag und Nacht auf den Beinen. Morgens aufs Feld, dann Büroarbeit, der Drusch ist schon im vollen Gange und die Feldwacht will auch organisiert sein. Der Demokratische Frauenbund hat schon über 50 Mitglieder in Etzin, die Jugend auch, und im Erntekindergarten werden 28 Kleine gehütet. Auch ihre größte Sorge ist, die Flüchtlinge so gut als möglich unterzubringen. Sie ist ein

Mensch, der den Blick für das Notwendige hat und anpacken kann, wo es Arbeit gibt. In Bredow ist seit Februar letzten Jahres Frau Gertrud Muschiol an der Arbeit, früher Buchhalterin in Berlin. Sie ist 40 Jahre alt, ein gediegener, erster Mensch, der die viele Arbeit nicht scheut. Bredow hat 1200 Einwohner, vorwiegend Neubauern, und eine Landfläche von 1200 ha. „Meine größte Sorge“, sagt Frau Muschiol, „ist die Ernährung, und besonders die Ernährung der Landarbeiter, denn — das Brot essen wir alle, das wollen wir nicht vergessen“. Vieles hat sie in der Gemeinde schon gebessert, Abflußgräben neu gezogen und manches andere; sie ist zufrieden mit der vielen Arbeit, „denn ich sehe, es geht vorwärts!“

In der Gemeinde Hohenbruch, in der „armen Ecke“ des Kreises, sitzt Elise Spies, 45 Jahre alt, Tochter eines Landwirts. Sie besuchte die Handelsakademie, war im Handel und Zeitungswesen tätig und ist schon mancherlei herumgekommen. Sie war erst stellvertretend, und seit Juni 1946 hauptamtlich Bürgermeister, ihre Gemeinde hat 640 Einwohner, schlechte Bodenverhältnisse und einen sehr verringerten Viehbestand. Aber: „die Ablieferung klappt, man ist eben hinterher.“

In Paaren amtiert auf dem Rathaus Frau Emilie Müller. Sie ist eine Westfälin, war „nur Hausfrau“ und hatte mit ihrem Mann zusammen früher ein Obst- und Gemüsegeschäft geleitet. Ihre größte Sorge ist: Wohnraum für die Flüchtlinge zu schaffen. Das ist neben Sicherstellung der Ernährung ihr wichtigstes Problem. Auch in Paaren wurde ein Sommerkindergarten aufgebaut, der den Landfrauen während ihrer Arbeit wesentliche Entlastung bringt.

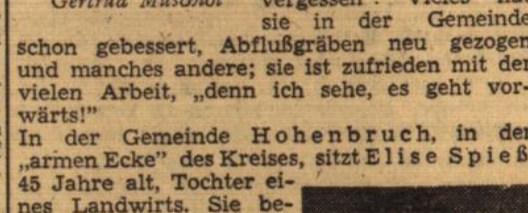
Und so gibt es überall in der Verwaltung viele tüchtige Frauen. Von diesen fünf Frauen sagte der Landrat ihres Kreises: „Ich möchte den Frauen Bürgermeister für ihre Tatkraft und für ihre gute Arbeit meinen Dank und meine Anerkennung sagen. Die Frauen Bürgermeister sind nicht die schlechtesten unter meinen Bürgermeistern. Sie rangieren jedenfalls immer nach oben!“

Sollte uns das nicht Mut machen hier in unserer Südwest-Ecke?

schwarzen Gesicht und den sanften schwarzen Augen, wie ein verweintes Kind. Es war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiß, wofür, weshalb, nicht weiß, wie es der Qual und der rohen Gewalt entgehen soll. Ich stand davor und das Tier blickte mich an, mir rannen die Tränen herunter — es waren seine Tränen, man kann um den liebsten Bruder nicht schmerzlicher zucken, als ich in meiner Ohnmacht um dieses stille Leid zuckte. Wie weit, wie unerreichbar, verloren die saftigen, grünen Weiden Rumäniens! Wie anders schien dort die Sonne, blies der Wind, wie anders waren die schönen Laute der Vögel oder das melodische Rufen der Hirten. Und hier — diese fremde, schaurige Stadt, der dumpe Stall, das ekelerregende muffige Heu, mit faulem Stroh gemischt, die fremden, furchtbaren Menschen, und — die Schläge, das Blut, das aus der frischen Wunde rinnt... Oh, mein armer Büffel, mein armer, geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eins in Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht. — Derweil tummelten sich die Gefangenen geschäftig um den Wagen, luden die schweren Säcke ab und schleppten sie ins Haus; der Soldat aber steckte beide Hände in die Hosentaschen, spazierte mit großen Schritten über den Hof, lächelte und piffte leise einen Gassenhauer. Und der ganze herrliche Krieg zog an mir vorbei... Schreiben Sie schnell, ich umarme Sie, Sonitschka. Ihre Rosa.



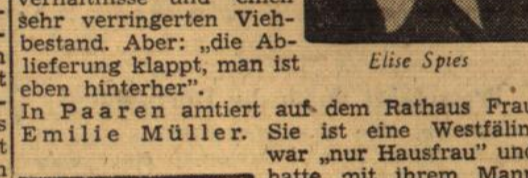
Gertrud Muschiol



Elise Spies



Ella Mehlitz



Emilie Müller



Franziska Krahl

Die Büffelhaut war zerrissen

Im Dezember 1917 schrieb Rosa Luxemburg in einem Brief aus dem Gefängnis in Breslau an Sonja Liebknecht:

Ach, Sonitschka, ich habe hier einen scharfen Schmerz erlebt; auf dem Hof, wo ich spazierte, kommen oft Wagen vom Militär, voll gepackt mit Säcken oder alten Soldatenröcken und Hemden, oft mit Blutflecken... die werden hier abgeladen, in die Zellen verteilt, geflickt, dann wieder aufgeladen und ans Militär abgeliefert. Neulich kam so ein Wagen, bespannt, statt mit Pferden, mit Büffeln. Ich sah die Tiere zum ersten Mal in der Nähe. Sie sind kräftiger und breiter gebaut als unsere Rinder, mit flachen Köpfen und flach abgelegenen Hörnern, die Schädel also unseren Schafen ähnlicher, ganz schwarz mit großen, sanften Augen. Sie stammen aus Rumänien, sind Kriegstrophäen. Die Soldaten, die den Wagen führen, erzählen, daß es sehr mühsam war, diese wilden Tiere zu fangen, und noch schwerer, sie, die an die Freiheit gewöhnt waren, zum Lastdienst zu benutzen. Sie wurden furchtbar geprügelt, bis daß für sie das Wort gilt: „vae victis“... An hundert Stück der Tiere sollen in Breslau sein; dazu bekommen sie, die an die üppige rumänische Weide gewöhnt waren, elendes und karges Futter. Sie werden schonungslos ausgenutzt, um alle möglichen Lastwagen zu schleppen und gehen dabei rasch zugrunde. — Vor einigen Tagen kam also ein Wagen mit Säcken herein, gefahren, die Last war so hoch aufgetürmt, daß die Büffel nicht über die Schwelle bei der Toreinfahrt konnten. Der begleitende Soldat, ein brutaler Kerl, fing an, derart auf die Tiere mit dem dicken Ende des Peitschenstiels loszuschlagen, daß die Aufseherin ihn empört zur Rede stellte, ob er denn kein Mitleid mit den Tieren hätte. „Mit uns Menschen hat auch niemand Mitleid!“, antwortete er mit bösem Lächeln und hieb noch kräftiger ein... Die Tiere zogen schließlich an und kamen über den Berg, aber eines blutete... Sonitschka, die Büffelhaut ist sprichwörtlich an Dicke und Zähigkeit, und die war zerrissen. Die Tiere standen dann beim Abladen ganz still und erschöpft und eins, das, welches blutete, schaute dabei vor sich hin mit einem Ausdruck in dem

schwarzen Gesicht und den sanften schwarzen Augen, wie ein verweintes Kind. Es war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiß, wofür, weshalb, nicht weiß, wie es der Qual und der rohen Gewalt entgehen soll. Ich stand davor und das Tier blickte mich an, mir rannen die Tränen herunter — es waren seine Tränen, man kann um den liebsten Bruder nicht schmerzlicher zucken, als ich in meiner Ohnmacht um dieses stille Leid zuckte. Wie weit, wie unerreichbar, verloren die saftigen, grünen Weiden Rumäniens! Wie anders schien dort die Sonne, blies der Wind, wie anders waren die schönen Laute der Vögel oder das melodische Rufen der Hirten. Und hier — diese fremde, schaurige Stadt, der dumpe Stall, das ekelerregende muffige Heu, mit faulem Stroh gemischt, die fremden, furchtbaren Menschen, und — die Schläge, das Blut, das aus der frischen Wunde rinnt... Oh, mein armer Büffel, mein armer, geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eins in Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht. — Derweil tummelten sich die Gefangenen geschäftig um den Wagen, luden die schweren Säcke ab und schleppten sie ins Haus; der Soldat aber steckte beide Hände in die Hosentaschen, spazierte mit großen Schritten über den Hof, lächelte und piffte leise einen Gassenhauer. Und der ganze herrliche Krieg zog an mir vorbei... Schreiben Sie schnell, ich umarme Sie, Sonitschka. Ihre Rosa.

FRAU VIJAYALAKSCHI PANDIT wurde indische Botschafterin in Moskau. „Indien fühlt eine besonders enge Beziehung zu der UdSSR, da beide Länder ihre Fähigkeiten erweisen haben, verschiedene Rassen und Zivilisationsgrade harmonisch zu vereinen“, äußerte sie in ihrer Antrittserklärung.

IN BERLIN sind 44,6 Prozent aller Beschäftigten Frauen. 27 Prozent gleich 170 000 sind gewerkschaftlich organisiert. Das ist schon ein großer Einbruch in die Indifferenz.

20 PROZENT UNEHELICHE GEBURTEN wurden in München gezählt.

AUF SCHALLPLATTEN läßt eine Pfarrei eines Vorortes in London jetzt alle Trauungen aufnehmen. Bei Ehedifferenzen sollen diese dann dem Ehepaar vorgelesen werden.

Unsere Lage ist ernst, aber gerade deshalb erfordert sie, daß alle ihre Kräfte einsetzen, um an einer Wiederherstellung des Lebens mitzuarbeiten.

Wenn es ein Glück ist, eine große und schwere Aufgabe vor sich zu haben, die die ganze Kraft in Anspruch nimmt, so sind wir inmitten unserer furchtbaren Unglücke glücklich.

Ricarda Huch

Sozialauschuß und Mangelware

Im Rathaus in Tiengen ist am 7. August Ausgabe von Bezugscheinen für Frauen und Kinderschuhe. Um halb acht Uhr früh stehen schon viele Frauen an, keine will ja zu spät kommen. Endlich um 10 Uhr wird geöffnet. Alles drängt und will hinein, ein wahrer Sturm entfesselt sich. Das muß man gesehen und erlebt haben. Es wird gehult, geschrien, gedrückt, man muß Angst um seine Knochen haben — aber jedes will einen Bezugschein haben.

Und die Verteilung? Einige Hundert Frauen wollten Schuhe haben, zur Ausgabe kommen jedoch nur 60 Paar; das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Auf der Straße vom Rathaus bis zum Hotel Ochsen wimmelt es von enttäuschten Frauen, die heftig diskutieren und schimpfen: alles sei Schwindel heute; auch die auf dem Rathaus und der Sozialauschuß taugen nichts. — Ich sage mir: ganz unrecht haben die Frauen nicht! Warum wird die Verteilung der Bezugscheine nicht anders gehandhabt, damit die Frauen nicht stundenlang anstehen müssen und dann mit zertrampelten Füßen doch ergebnislos abziehen müssen. Das kann man ändern.

Aber den Frauen von Tiengen will ich auch einige Worte sagen: Schimpfen hilft nicht! Kontrolliert Euren Sozialauschuß, aber habt dann auch Vertrauen zu ihm. Er ist zusammengesetzt aus Vertretern aller Parteien und wird die Mangelware (Schuhe und Textilwaren) nach bestem Wissen verteilen. Wer diesmal — leider — leer ausgehen mußte, bekommt das nächste Mal etwas. Wir sind arm daran, aber wir wollen es gerecht verteilen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Sozialauschuß und der Bevölkerung muß besser werden, beide Teile mögen sich um gegenseitiges Vertrauen bemühen. J. S.

Den Damen ist verboten . . .

aber der Oberbürgermeister badet nackt

Bamberg. In seinem Amtsblatt bringt das Bürgermeisteramt eine polizeiliche Verordnung aus dem Jahre 1936 in Erinnerung, wonach „den Damen verboten ist, in zweiteiligen Badeanzügen aufzutreten“; als Farbe für Badekostüme wird schwarz empfohlen. — Die Redaktion konnte noch nicht nachprüfen, ob diese unglückliche Mitteilung tatsächlich auf Wahrheit beruht. Wir haben sie der Zeitung DAS NEUE BADEN vom 26. August entnommen. — Es handelt sich übrigens hier um kein Reformorgan für neues Badewesen, sondern um die Parteizeitung der Demokraten in Baden.

Sachlich ist zu ergänzen, daß offenbar um die Baderei in diesem heißen Sommer ein frisch-fröhlicher Kulturkampf entsprungen ist! So wird zurzeit in Südbaden von Kanzeln verkündigt, daß sowohl das Turnen, als auch das Baden „nach Geschlechtern getrennt geschehen muß“. Weiter wörtlich sogar: „vor dem gemeinsamen Wandern von Jungen und Mädchen wird eindringlich gewarnt“.

Man greift sich an den Kopf. Vielleicht gibt es da oder dort einen vermufften alten geistlichen Herrn, der mit der neuen Zeit nicht mitkommt und zurück ins Mittelalter will. Nein, es ist ernster. Denn wir können versichern, daß diese Verkündigung ein allerneuer „Erlaß der deutschen Bischöfe“ ist, der von allen Kanzeln in diesen Augusttagen verlesen werden muß.

Die Herren Bischöfe erklären sich gegen das gemeinsame Baden, Turnen und Wandern der Geschlechter. In Bamberg werden Zensurvorschriften für weibliche Badekostüme aus der Nazizeit erneuert und bezeichnenderweise die schwarze Farbe empfohlen. Währenddem aber setzt sich der Münchener Oberbürgermeister Dr. h. c. Scharnagl für das Nacktbaden ein und seine blederen CDU-Männer im Stadtrat haben sich ihm „aus politischen Gründen“ vergnüglicherweise angeschlossen. Als ob ausgerechnet nur in München der Segen Gottes auf der gemeinsamen Nacktbaderei der Geschlechter ruhte.

Sollte man sich jetzt nicht lieber etwas mehr um ernsthafte Fragen des Lebens und der Not kümmern! K.

Es regnete pünktlich

Beim Empfang im Rathaussaal in Ueberlingen am 16. August, der aus Anlaß des offiziellen Besuches der Staatsregierung stattfand, fragte Frau Mia Bittel für die Frauen und Mütter Ueberlingens, wie die Regierung sich die Kartoffelversorgung für den nächsten Winter denke. Die trostlosen Verhältnisse des letzten Jahres dürften sich nicht wiederholen. Wir Frauen fordern, diesmal Einkelerskartoffeln gleich bei der Ernte zu erhalten. Wir wissen wohl, daß unsere Lage schwer sei, aber desto größer sei doch die Verpflichtung der Regierung, nach neuen Methoden und neuen Wegen zu suchen, wenn wir mit den alten nicht zum Ziele kommen, nämlich: unserer gesamten Bevölkerung ihre Existenz zu sichern. Wieviel Obst mögen die Kinder in den großen Städten Südbadens dieses Jahr schon bekommen haben? So gut wie nichts! Wir sehen doch, daß es so wie bisher nicht weitergeht.

Herr Staatspräsident Wohleb ging ausführlich auf die Ernährungsorgen, die vor allem schwer auf den Frauen lasten, ein und sagte: er könne natürlich keine festen Zusagen geben, das sei unmöglich. Aber wenn Gott der Herr in den nächsten acht Tagen Regen gebe, dann glaube er, werden wir pro Kopf der Bevölkerung 3 Zentner Kartoffeln direkt vom Feld zur Einkelung erhalten können. Der Regen kam am 6. Tag, wenigstens in Ueberlingen. Wir hoffen also bestimmt auf unsere 3 Zentner Kartoffeln!

